

INFORMATIONSDIENST

IÖW INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG GmbH

VÖW VEREINIGUNG FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e.V.

Umweltpolitik in Europa unter wachsenden Verteilungskonflikten

Wer Umweltpolitik betreibt, muß heutzutage dicke Bretter bohren können. Der Antrieb durch die ökologische Bewegung ist eher bescheiden, wie der Deutsche Umwelttag noch einmal gezeigt hat. Deshalb geht die Umweltpolitik immer mehr über in ein zähes Bargaining um kleine und kleinste Geländegewinne. Zu den besonders dicken Brettern zählt die Umweltpolitik der Europäischen Gemeinschaft. Nicht nur wegen der Schwierigkeiten, die eine ferne Bürokratie in Brüssel mit den Entwicklungen vor Ort hat und haben muß. Die Harmonisierung der nationalen Umweltpolitiken schafft zusätzliche neue Probleme.

Die Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu einem gemeinsamen Binnenmarkt, der diesen Namen verdient, hat auf Seiten der ökologisch interessierten Öffentlichkeit vor allem zwei Kritikmuster hervorgerufen: Erstens hat der Ceccini-Report eindrücklich klargestellt, daß die Meßlatte für die Integrationsbemühungen der Europäischen Gemeinschaft die Steigerungsraten des Bruttosozialprodukts sind; die Europäische Gemeinschaft ist als ein wirtschaftliches Wachstumsprojekt konzipiert. Und die Wachstumspfade, die beschritten werden, sind nach allem, was man heute wissen kann, auf absehbare Zeit mit einem Mehr an Umweltverbrauch verbunden.

Zweitens haben die Harmonisierungsbestrebungen in der europäischen Umweltpolitik die Sorge geweckt, daß wir es hier mit einer Nivelierung nach unten zu tun haben werden. Vor allem dann, wenn man bundesdeutsche, niederländische oder dänische Maßstäbe anlegt. Die Befürchtung lautet: Das langsamste Schiff im Geleitzug der EG wird das Tempo der Umweltpolitik bestimmen. So könnte es zu einem Spiel über die Bande kommen: „hierzulande würde man ja gerne, aber leider, leider macht Brüssel das nicht mit.“

So berechtigt diese Sorgen sein mögen, sie sind nicht mehr so recht auf der Höhe der Zeit. Das Wechselspiel der Kräfte in Politik, Ökonomie und Ökologie hat sich in Europa wie in Deutschland in den letzten beiden Jahren erheblich geändert. Die Spielregeln werden neu definiert und manches, was allzu sehr vertraut war, ist bereits Geschichte, ohne daß man es schon richtig bemerkt hätte.

Die Karten werden neu gemischt

Geopolitisch wächst die Europäische Gemeinschaft in eine neue Funktion hinein. Der Bundeskanzler und mit ihm die politische Elite der Bundesrepublik möchten das neue, größere Deutschland in ein westeuropäisches Bündnis system einbetten. So soll den kommenden politischen Entscheidungsträgern in Deutschland ein Politikmuster vorgegeben werden, das von vornherein imperiale deutsche Sonderwege erschwert und verhindert. In diesem Interesse ist sich das bundesdeutsche politische Führungspersonal durchaus mit den westeuropäischen Partnerländern einig.

Die deutsche Vereinigung stand deshalb unter der Bedingung, daß die westeuropäische Integration nicht durch die deutsche Vereinigung verlangsamt wird. In der französischen Debatte zum Referendum über Maastricht ist dies klar gesehen worden. Maastricht ist deshalb auch ein Instrument zur Beschränkung und Bindung des größeren Deutschland. Zugleich stand am Anfang der deutschen Vereinigung ein Versprechen des Kanzlers: Die deutsche Vereinigung sollte nicht auf Kosten Europas gehen. Dieses Versprechen ist offensichtlich gebrochen worden. Der kardinale politische Kunstfehler Kohls, den Deutschen in Ost und West nicht die Wahrheit über die Belastungen des Vereinigungsprozesses zuzumuten, hat zu einem immensen Anschwellen der Verschuldung in Deutschland geführt. Über die hohen Zinsen, die die Bundesbank zur Abwehr der Inflationsgefahr eingeführt hat, wurden so alle Länder, die sich am europäischen Währungssystem beteiligen, zu Gefangenen

Aus dem Inhalt

| | |
|---|----|
| Programm der IÖW-Jahrestagung 1992: Umweltqualitätsziele von Unternehmen und ihre Durchsetzung | 3 |
| Harmonisierung als Fluchtpunkt. Beim Klimaschutz versteckt sich die EG hinter dem Nichtstun anderer | 4 |
| <i>Reinhard Loske</i> | |
| Die Umweltpolitik der Gemeinschaft. Mehr Umwelt – Mehr Kompetenz in Brüssel | 5 |
| <i>Jan C. Bongaerts</i> | |
| Das Europäische Umweltzeichen | 7 |
| <i>Ingrid Hügenell-Reinhardt</i> | |
| Öko-Controlling in einer Gießerei. Umweltkennzahlen zur Erfassung ökologischer Kerninformationen | 9 |
| <i>Jens Clausen</i> | |
| Weiterbildungsbedarf im Umweltschutz bei kleinen und mittleren Unternehmen in Schleswig-Holstein | 12 |
| <i>Christoph Nitschke</i> | |
| Die ökologisch-ökonomische Umgestaltung der Metallwirtschaft in der Region Unterer Neckar | 13 |
| <i>Volker Teichert</i> | |
| (Was) Lernen wir daraus? Deutscher Umwelttag 1992 in Frankfurt/M. | 14 |
| <i>Markus Hesse</i> | |
| Ein Besuch im Senckenbergmuseum | 16 |
| <i>Ulrich Petschow</i> | |
| Entkopplung als Illusion. Bemerkungen zu Reinhard Pfriems Thesen über Sustainable Development | 17 |
| <i>Markus Pasche</i> | |
| Neue Wohlstandsmodelle | 18 |
| <i>Uta von Winterfeld</i> | |
| Anmerkungen zur Landwirtschaft in den neuen Bundesländern | 20 |
| <i>Regine Hebestreit</i> | |
| Tagungsberichte | 21 |
| Rezensionen | 26 |

dieser Politik. Entweder Abwertung oder ebenfalls hohe Zinsen, so lautet bis heute die Alternative zwischen Skylla und Charibdis, vor der sich Länder wie Frankreich, Italien, England usw. gestellt sehen. In jedem Fall müssen die nationalen Ökonomien unserer westeuropäischen Nachbarn büßen: Sei es, daß die hohen Zinsen die Konjunktur weiter abwürgen, sei es, daß die Abwertungen die gebannt geglaubte Inflationsgefahr wieder heraufbeschwören.

In diesen Prozeß mischt sich seit einiger Zeit in Deutschland ein unüberhörbarer nationaler Ton. Nicht erst seit Augstein im Spiegel im Frühjahr eine Kampagne gegen die europäische Währung und Maastricht eröffnete, ist deutlich geworden, daß es in Deutschland einflußreiche Kreise gibt, die die ökonomischen Vorteile einer so dominanten Währung wie der DM in Europa nicht einer weitergehenden Integration Europas opfern wollen. Jenseits der durchaus berechtigten Klagen über das Fehlen einer einheitlichen Finanzpolitik in Westeuropa, die mangelnde politische Integration oder den Bürokratismus in Brüssel, geht es um ein anderes Problem: Ob die ökonomische Dominanz Deutschlands in Westeuropa mit dem Instrument der DM fortgesetzt werden kann, oder ob wir in Deutschland eine Angleichung der ökonomischen Verhältnisse an den Durchschnitt Westeuropas akzeptieren müssen. Dieser Prozeß ist offen. Über seinen Ausgang kann nur spekuliert werden. Sicher ist jedoch in jedem Fall, daß die europäische wie die nationale Umweltpolitik erheblich in Mitleidenschaft gezogen werden.

Deutscher Sonderweg der Umweltpolitik

Bis zur deutschen Vereinigung ging die westdeutsche Umweltpolitik in Europa einen Sonderweg, der sich spezifisch deutschen Bedingungen verdankte. Manche ökologischen Probleme sind in einem dichtbesiedelten Land mit einer langen industriellen Tradition besonders fühlbar. Zu diesen Bedingungen zählt aber auch ein spezifisches kulturelles Milieu: eine zahlenmäßig starke wohlhabende Mittelschicht mit starker Affinität zu postmateriellen Werteorientierungen und eine romantische Denktradition (der deutsche Wald), die immer schon Berührungspunkte mit einer Industriekritik hatte, das Aufgehen eines Teils der studentischen Linken in die grüne Bewegung usw. Auch die ordnungsrechtliche und polizeistaatliche Tradition Deutschlands hat das ihre zum Aufschwung der Umweltpolitik beigetragen. Hinzu kommt, daß ein wohlhabendes Land, wie es die alte Bundesrepublik darstellte, sich ungleich leichter eine luxuriöse Umweltpolitik leisten konnte, als andere Industrienationen. Schon jetzt ist offensichtlich, daß die ökonomische Restrukturierung Westeuropas unter Rezessionsbedingungen in Deutschland mit einem umweltpolitischen Stillstand einhergeht. Eine zusätzliche Kostenbelastung der Industrie durch eine Ver-

schärfung von Grenzwerten oder umweltbezogene Abgaben gilt nur dort als sinnvoll, wo es gar nicht mehr anders geht: etwa im Abfallbereich. Was darüber hinaus geht, wird von den Industrieverbänden sehr schnell zur Standortfrage stilisiert.

In den öffentlichen Haushalten werden die Umweltprogramme ebenfalls zusammengestrichen. In Anlehnung an das denkwürdige informelle umweltpolitische Stillhalteabkommen 1975 auf Schloß Gymnich könnte man von „Gymnich II“ sprechen. Umwelt gilt wieder als Luxusgut, das bereitwillig im Wellental der Konjunktur dem Kampf um Marktanteile und ökonomischer Dominanz geopfert wird. Das ist in unseren europäischen Nachbarländern im Prinzip auch nicht anders. „Gymnich II“ ist aber womöglich im Unterschied zu Gymnich I kein rezessionsbedingter Knick eines Trends, der a la longue zu immer mehr umweltpolitischem Fortschritt führt. Vielmehr deutet sich eine ökonomische Normalisierung Deutschlands an, die hierzulande ähnlich bescheidene Verteilungsspielräume für umweltpolitische Maßnahmen übrig läßt, wie sie auch aus anderen westeuropäischen Ländern bekannt sind.

Umweltpolitische Gebote und Verbote sind zudem in Deutschland wie in Europa ein Politikmuster mit abnehmendem Wert. Auch wenn die Schmerzgrenze der Industrie sicher nicht da liegt, wo einschlägige Verbandsvertreter sie wännen – die Kostenprogression, die durch diese Art von Umweltpolitik ausgelöst wird, hat eine betriebswirtschaftliche Grenze. Je mehr die umweltpolitischen Auflagen an diese Grenze heranrücken, desto schwerer wird es diese Umweltpolitik haben, sich unter widrigen wirtschaftlichen Bedingungen zu behaupten.

Das gilt cum grano salis auch für die Umweltpolitik der öffentlichen Hände. Der Staat kann nicht ad libitum umweltschadenskompensatorisch tätig werden. Schon heute ist die Sanierung der Umweltschäden in den neuen Bundesländern auf absehbare Zeit nicht zu bezahlen. Der „Umweltsstaat“ stößt ebenso wie der Sozialstaat an eine Grenze der Finanzierbarkeit.

Deutschland, ein umweltpolitischer Vorreiter?

Man muß kein Prophet sein, um zu prognostizieren, daß das deutsche umweltpolitische Engagement auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft kurz- bis mittelfristig lau sein wird. Die deutsche Umweltindustrie wird sich zwar auch weiterhin europaweite Grenzwerte nach bundesdeutschem Muster wünschen. Die Filtertechnologie der Anlagenbauer gilt als Zukunftsmarkt. Solche Bemühungen sind jedoch vorwiegend wirtschaftspolitisch und nicht umweltpolitisch motiviert. Insgesamt muß man aber nicht mehr befürchten, daß die EG den Deutschen den umweltpolitischen Fortschritt versperrt. Denn wo in Deutschland nichts ist, hat auch der Brüsseler Kaiser sein Recht verloren.

Die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie ist offensichtlich nicht so billig zu haben, wie gemeinhin angenommen wurde. Die Bemühungen um eine Vereinheitlichung des bundesdeutschen Umweltrichts und die immensen Vollzugsdefizite demonstrieren auf ihre Weise ebenso wie die finanziellen Beschränkungen, daß die Richtung der Umweltpolitik nicht mehr stimmt. In Deutschland nicht und in Europa auch nicht. In Deutschland ist womöglich das Ende der Fahnenstange für eine solche Politik erreicht. Es wirkt wie eine Ironie der Geschichte, daß eine solche Politik in der EG noch immer als ultima ratio gilt, wo sie in ihrem Herkunftsland nicht mehr fortgesetzt werden kann. Zudem wird der Zwang zu wirtschaftlichen Austeritätsprogrammen in den europäischen Nachbarländern ebenfalls den verteilungspolitischen Spielraum für die Umweltpolitik beschränken. Nüchtern muß man feststellen, daß europaweit im Zweifel eben noch immer jenseits aller wolkigen Bekundungen zu einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft gilt, daß die Allianz von Kapital und Arbeit ihre Verteilungspositionen auf Kosten der Umwelt behauptet. Und daß die Politik sich nur allzu bereitwillig auf dieses Programm verpflichten läßt.

Eine Lehre aus diesen Vorgängen läßt sich ziehen: Die traditionelle Umweltpolitik ist durch ihren kompensatorischen Charakter immer Bestandteil der Verteilungskonflikte. Entweder konkurriert der Umweltschutz im weitesten Sinne des Wortes mit anderen gesellschaftlichen Gruppen um staatliche Transferleistungen. Oder aber er macht sich in Form von zusätzlichen Investitionskosten bemerkbar, die den Verteilungsspielraum von Kapital und Arbeit verengen. Daran ändert die mittlerweile gängige Erkenntnis, daß der Umweltschutz auch in erheblichem Umfang Arbeitsplätze schafft, wenig. In beiden Fällen befindet sich die Umweltpolitik inmitten der Verteilungskämpfe. Das macht ihre Durchsetzung immer dann besonders schwierig, wenn eine Rezession droht. Und diese wird um so schwieriger, je höher das bereits erreichte Niveau der Umweltpolitik und damit der Kostenbelastung ist. Muß das so sein? Muß die Umweltpolitik tatsächlich immer als Kostenfaktor oder in Form von gestiegenen Staatsausgaben daher kommen?

Es ist in der Umweltbewegung sicherlich keine neue Erkenntnis, daß integrierter Umweltschutz gegenüber einem nachsorgenden Umweltschutz vermutlich die billigere Alternative darstellt. Auch wenn hier die empirische Nageprobe trotz einiger vielversprechender Studien noch aussteht. Die spannende Frage ist, ob die Umweltpolitik aus ihrer Defensive wieder herauskommen könnte, wenn sie sich auf ein Umsteuern der Investitionstätigkeit in diesem Sinne konzentrieren würde.

Anders als etwa in Frankreich oder Italien ist Industriepolitik in Deutschland in der wirtschaftspolitischen Debatte stark tabuisiert. Mit dem Wort von der „Investitionslenkung“ kann man sich hierzulande noch immer mühelos als

Programm der IÖW-Jahrestagung 1992 in Hannover vom 4.–6. Dezember

Umweltqualitätsziele von Unternehmen und ihre Durchsetzung

Freitag, 4. Dezember

19.00 Uhr Begrüßungsreferate

Dr. Reinhard Pfiem (Lehrstuhl für Industriebetriebslehre, Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg)

Monika Griefahn (Umweltministerin des Landes Niedersachsen)

Samstag, 5. Dezember

9.00 Uhr Forum „Umweltqualitätsziele“

Gegenstand dieses Forums ist das Verhältnis der umweltpolitischen Rahmenbedingungen und der Umweltqualitätsziele in Unternehmen. Welche Umweltqualitätsziele sollten Unternehmen sich setzen? Wie konkret sollten diese sein, damit eine Umsetzung möglich ist? Welche Beispiele für operationalisierbare Zielsetzungen existieren?

Dr. Karl Otto Henseling (Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Enquete Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Beurteilungskriterien und Perspektiven für umweltverträgliche Stoffkreisläufe in der Industriegesellschaft“)
Günter Kalvelage (Werksleiter, Armstrong World Industriés)

10.45 Uhr Kaffeepause

11.15 Uhr Forum „Interne Berichterstattung“

Überall in Unternehmen werden umweltrelevante Entscheidungen getroffen. Für viele Menschen im Unternehmen sind dabei Umweltinformationen wichtig. Wie kann das Problem,

Umweltinformationen zu beschaffen, zu systematisieren und dezentral allen Entscheidungsträgern zur Verfügung zu stellen, gelöst werden?
Dr. Hans-Dietrich Haasis (Institut für Industriebetriebslehre und industrielle Produktion, Universität Fridericiana Karlsruhe)
Carl-August Sautier (Leiter des Produktmanagements, Fa. Wilkhahn, Wilkening+Hahne GmbH+Co)

13.00 Uhr Mittagessen

14.30 Uhr Forum „Externe Berichterstattung“

National und international bildet sich die Praxis bei Unternehmen aus, mehr und mehr Umweltinformationen zu veröffentlichen. Gleichzeitig verdichten sich die Rufe nach mehr Veröffentlichungspflichten (public right-to-know). Welche Chancen und Risiken bietet eine Umweltberichterstattung für die Unternehmen? Welche Tendenzen sind in der Entwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen erkennbar?
Prof. Dr. Michael Kloepper (Fachbereich Rechtswissenschaften, Universität Trier (angefragt))
Gunther Le Maire (Leiter der Abteilung Vorstandsangelegenheiten und Öffentlichkeit, KUNERT AG)

16.15 Uhr Kaffeepause

16.45 Uhr Forum „Ökologische Steuerungsinstrumente“

Im Öko-Controlling-Kreislauf ist die ökologische Zielfindung und die ökologische Maßnahmenplanung regelmäßig neu zu initiieren. Kön-

nen ökologische Kennzahlen dabei eine Hilfe – auch zum internen Vergleich – sein? Welche speziellen Kennzahlen wurden schon entwickelt und welche Erfahrungen wurden gemacht?

Dipl. oec. Hendric Hallay (Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Industriebetriebslehre, Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg)

Prof. Dr. Manfred Schreiner (Fachbereich Wirtschaft, Fachhochschule Fulda)

18.30 Uhr Ende der Foren

Sonntag, 6. Dezember 1992

10.00 Uhr Podiumsdiskussion: *Forschungs- und Entwicklungsperspektiven*

Moderation: Prof. Dr. Eberhard Seidel (Institut für ökologische Betriebswirtschaft, Universität-Gesamthochschule – Siegen)

Verena Schneider (Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Osnabrück (angefragt)); Peter Wilhelm Schneider (Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Nordrhein-Westfalen); Dr. Bernd Bösche (Ministerium für Wirtschaft, Technik und Verkehr, Schleswig-Holstein); Frau Maritha Rickels (Umweltministerium Niedersachsen); Dr. Werner Schulz (Umweltbundesamt)

13.00 Uhr Tagungsende

Nähere Informationen und die Anmeldeunterlagen können über das IÖW in Berlin bezogen werden.

seriöser Diskussions Teilnehmer disqualifizieren. Daran ist mindestens soviel richtig, daß den staatlichen Organen sicher nicht mehr Sachverstand hinsichtlich einer effizienten Ressourcenallokation zugetraut werden kann als den Marktteilnehmern. Es kann auch nicht darum gehen, solchen abgelebten Ideen wie öffentlichen Ausschüssen zur Investitionslenkung ökologisch neues Leben einzuhauchen.

Vielmehr sind diejenigen staatlichen Rahmenbedingungen und Hilfestellungen interessant, die ein ökologisch durchgreifendes Umsteuern der Investitionspolitik begünstigen. Das betrifft vor allem die ökologische Fehlallokation vorhandener staatlicher Subventionen wie beispielsweise im Agrarbereich; das betrifft den systematischen Ausbau einer ökologischen Unternehmensführung; das betrifft einer Korrektur der relativen Preise für umweltrelevante Güter wie Rohstoffe, Energieträger, Flächen usw. usf.

Harmonisieren?

Eine Harmonisierung von Grenzwerten, Verboten und Geboten auf hohem Niveau ist sicherlich umweltpolitisch wünschenswert und würde auch wirtschaftspolitisch für eine Gleichheit der Antrittsbedingungen sorgen. Die EG-Bürokratie ist allerdings schon jetzt bei der administrativen Kontrolle ihrer Richtlinien überfordert. Die Gefahr besteht, daß der Zuwachs von umweltpolitischen Richtlinien allenfalls einen Zuwachs von Vollzugsdefiziten und keinen ökologischen Fortschritt zeitigt. Auch ohne daß dahinter ein dezidiertes politischer Wille steht, ist das Ergebnis solcher Politik ein Europa der zwei umweltpolitischen Geschwindigkeiten. Die Amststufen, in denen die Umweltrichtlinien der EG in der Ablage verschwinden, sind national eben unterschiedlich verteilt.

Für die ökonomisch schwächeren Länder im Verbund der EG steht eine Verschärfung der

Umweltgesetzgebung überdies konträr zu ihrem wirtschaftlichen Aufholinteresse. Die EG-Normen sind zwar eine wichtige Berufungsinstanz für schwache nationale Ökologiebewegungen. Ihre weitere Verschärfung etwa bis hinauf auf niederländisches Niveau dürfte aber auf erheblichen nationalen Widerstand dieser Länder stoßen und damit auf absehbare Zeit, zumindest solange wie keine wirtschaftliche Erholung eintritt, nicht durchsetzbar sein.

Auch die Idee, die Preissignale des Marktes durch ein ökologisches Steuersystem, das insbesondere Rohstoffe und Energieträger verteuert, zu überformen, wird auf absehbare Zeit den politischen Durchsetzungswillen der potentiellen Akteure überfordern. Aussichten hat eine solche Politik dort, wo defizitgeplagte Finanzminister sich neue Einnahmequellen erschließen wollen, so z.B. bei der Erhöhung der Mineralölsteuer. Ob das im Sinne dieser Idee ist, darf bezweifelt werden. So richtig es ist, daß die

Harmonisierung als Fluchtpunkt

Beim Klimaschutz versteckt sich die EG hinter dem Nichtstun anderer

Als Bundesumweltminister Töpfer 1990 noch mannhaft für eine nationale CO₂-Abgabe stritt, um dem ins Schwitzen geratenen Weltklima wenigstens von deutscher Seite Linderung zu verschaffen, sah er sich mit einer Fülle unterschiedlichster Bedenken konfrontiert. Bereiteden einen der bloße Gedanke an höhere Energiepreise Ungemach, bezweifelten andere, daß läppische 10 Mark pro Tonne emittierten Kohlendioxids überhaupt ein Stimulus zur Energieverbrauchs-minderung seien. Dritten wiederum mißfiel am Töpfer-Konzept die ungenierte Bevorzugung der Kernenergie gegenüber den Energieträgern Kohle, Öl und Gas.

Von unzweifelhaft größter Potenz freilich waren die Einwände derer, die den „Standort Deutschland“ bedroht sahen: Nein, nicht daß man gegen eine Klimaschutzsteuer an sich sei, schließlich sollten die Energiepreise langfristig die „ökologische Wahrheit“ sagen. Aber ein nationaler Alleingang gefährde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und bringe überdies gar nichts, handele es sich beim Treibhauseffekt doch um ein globales Problem. Eine EG-weit harmonisierte Steuer müsse deshalb schon her, so der Tenor.

Das Kalkül der Euro-Harmonisierer mit „globalem Problembewußtsein“: Ab mit dem Ganzen auf die lange Bank nach Brüssel, um den lästigen Plagegeist Töpfer an der Heimatfront abzuschütteln. Diese Rechnung allerdings ging nicht auf. Im Mai 1991 legte die EG-Kommission, angetrieben vom Umweltkommissar Ripa di Meana, den ersten Entwurf einer „Gemeinschaftsstrategie für weniger Kohlendioxidemissionen und mehr Energieeffizienz“ vor. Herzstück: Die Einführung einer kombinierten Energie-/CO₂-Steuer. Bereits fünf Monate später wurde das Papier endgültig als Kommissionsdokument verabschiedet und dem Rat zugeleitet – eine für Brüsseler Verhältnisse nachgerade rasante Entscheidungsgeschwindigkeit. Parallel zur Verabschiedung der „Gemeinschaftsstrategie“ arbeitete die Kommission mit Hochdruck an den Plänen für die konkrete Aus-

gestaltung der Steuer. Hinter den Kulissen wurde um Steuertatbestände und Steuerhöhen, Bemessungsgrundlagen, Zeitpläne und Ausnahmeregelungen gerangelt, weshalb EG-Kritiker einmal mehr einen wachweichen Entwurf erwarteten. Doch siehe da, im Frühjahr 1992 erblickte ein durchaus akzeptabler Kompromißvorschlag das Licht der Welt, der gegenüber Töpfers Konzept sogar mancherlei Vorzüge aufwies.

Für die Verabschiedung der Klimasteuer-Richtlinie hatte sich Kommissar Ripa di Meana eine geschickte Dramaturgie ausgedacht. Ende Mai 1992 sollte der Ministerrat zusammentreffen, um die Richtlinie feierlich gutzuheißen und so der Welt zu signalisieren, daß Westeuropa die Führerschaft beim globalen Klimaschutz zu übernehmen bereit ist. Mit einem solchen Dokument der ökologischen Glaubwürdigkeit im Reisegepäck, so Ripas Kalkül, ließe sich auf der Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro Anfang Juni gut auftreten.

Doch es sollte anders kommen. Zwar verabschiedete der Ministerrat den „Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer Steuer auf Kohlendioxidemissionen und Energie“, doch wurde dem Text ein Passus beigemischt, der die ganze Angelegenheit zur Farce werden ließ. Wörtlich heißt es in Artikel 1, Abs. 2: „Die Geltung der (...) vorgesehenen Steuerregelung ist davon abhängig, daß andere Mitgliedstaaten der OECD eine ähnliche Steuer einführen oder Maßnahmen durchführen, die sich finanziell in gleicher Weise auswirken wie die Maßnahmen, die von dieser Richtlinie geregelt werden.“ Begründung: Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der EG.

Da war er wieder, der Fluchtpunkt Harmonisierung. Vertan die Chance, es den ewigen Ökonörglern und antieuropäischen Populisten zu zeigen, die stets alles Übel in Brüssel orten. Vertan die Chance, internationale Führungsstärke zu beweisen. Vertan die Chance, das Ganze über den Eigennutz zu stellen. Ach, Europa! Aus Ripas Rio-Reise wurde bekanntermaßen nichts. Er blieb frustriert daheim. Derweil schlug Minister Töpfer am Zuckerhut unverzagt die Trommel

des Klimaschutzes – so als sei nichts gewesen. Und die anderen OECD-Länder? Die Amerikaner wollen lieber billiges Benzin, weiß Öko-Isolationist George Bush; und die Japaner mit ihren ohnehin über dem europäischen Niveau liegenden Energiepreisen zieren sich. Ist es den Beharrungskräften in Europa also einmal mehr gelungen, das ökologisch Vernünftige auf die lange Bank zu schieben? Vielleicht.

Was aber passiert, wenn in Washington demnächst Bill Clinton mit seinem grünen Vize Al Gore ans Ruder kommt? Und was, wenn die Japaner in die Rolle der ökologischen Weltmacht hineinwachsen und zur Finanzierung der daraus folgenden Aufgaben eine Energiesteuer erheben? Auch über diese Eventualität wird in Europas Zentralen bereits nachgedacht. So ist aus gut unterrichteter Quelle zu hören, daß einigen EG-Mitgliedstaaten selbst das OECD-Junktim nicht ausreicht. Schließlich konkurriere man nicht nur mit Japan und den Vereinigten Staaten, sondern auch mit Taiwan, Südkorea und Singapur. Solange aber die „südostasiatischen Tiger“ frei auf dem Weltmarkt umherstrichen, ohne an die kurze Leine einer weltweit harmonisierten Energiesteuer genommen zu werden, könne sich die Gemeinschaft wettbewerbsverzerrende Sonderlasten nicht ans Bein binden. Offenbar soll die Einführung einer EG-weiten Energiesteuer erst erwogen werden, wenn auch der letzte Hufschmied tief hinten in der Mongolei seine Kohlen zu gleichen Bedingungen bezieht wie das walisische Kraftwerk. Es nimmt deshalb kaum Wunder, daß in einem Memorandum über die Prioritäten der britischen EG-Präsidentschaft für die zweite Jahreshälfte 1992 von der geplanten Klimaschutzsteuer überhaupt nicht mehr die Rede ist. Auch der Widerstand aus der Kommission dürfte sich in Grenzen halten: Carlo Ripa di Meana hat entnervt seinen Hut genommen und bekleidet nun im umtriebigen Rom das Amt des italienischen Umweltministers. Das Jahr 1992, es sollte für den Aufbruch in ein starkes, vorbildgebendes und mit einer Stimme sprechendes Westeuropa stehen. Statt dessen erleben wir heute eine uneinige, zaudernde und kleinmütige Gemeinschaft, die es vorzieht, sich hinter dem Rücken anderer zu verstecken. Wahrlich kein Bild, das zu großen Hoffnungen Anlaß gibt.

Reinhard Loske, Bonn

Preise die „ökologische Wahrheit“ ausdrücken sollten; in Europa ist man einstweilen auf diesem Ohr noch weitgehend taub.

Es wäre für die europäische Umweltpolitik jedoch ein substantieller Fortschritt von großer Tragweite, wenn die Vergabe von Subventionen viel stärker als bisher nach ökologischen Kriterien gesteuert wird. Die beiden größten Subventionstöpfe der EG, die Agrarförderung und die Förderung strukturschwacher Regionen, sind bis

heute Motoren für ökologische Fehlentwicklungen aller Art. Landwirtschaftliche Monokulturen, Berge von schwer oder gar nicht absetzbaren Lebensmitteln und Autobahnen durch bislang unberührte Regionen sind eindrucksvolle Belege für diese These. Die eher bescheidenen Umweltverträglichkeitsprüfungen, die die EG bislang durchführt, haben dies nicht verhindern können. Da eine Reform der Subventionspolitik der EG insbesondere im Agrarbereich ohnehin überfäll-

ig ist, ist hier auch ein Ansatzpunkt für die Umweltpolitik gegeben. Hier wäre auch ungleich mehr Bewegung zu erwarten als von langen und oftmals vergeblichen Bemühungen um die Verschärfung von Grenzwerten um einige Prozentpunkte. Der diskrete Charme der Transferleistungen der EG könnte durchaus genutzt werden für die eine oder andere ökologische Transformation.

Stefan Zundel, Berlin

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.